

Einbringung des Haushaltes 2026/2027

Mittelfristige Finanzplanung

Haushaltssicherungskonzept

**„Mit Mut durch schwere See“**

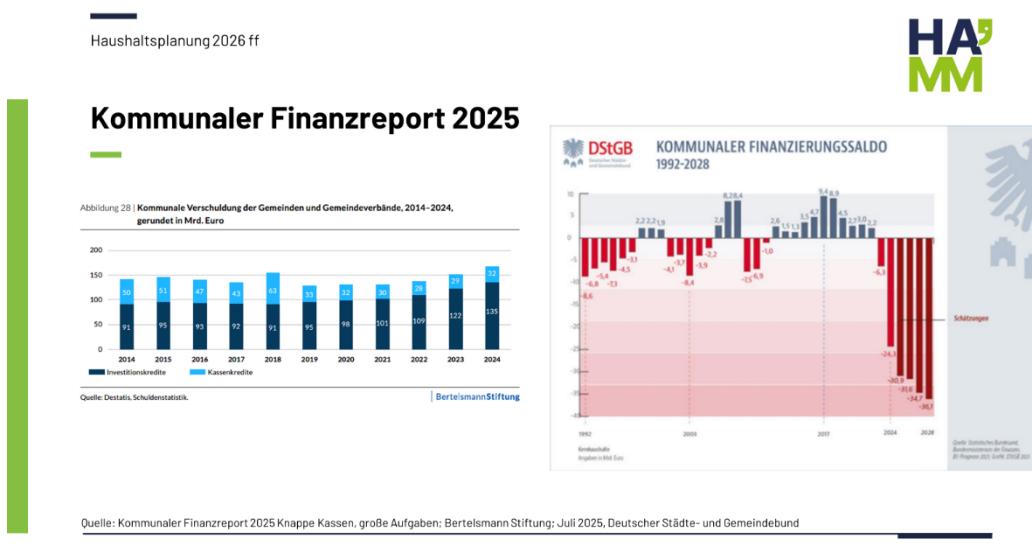
Hamm, den 20. Januar 2026

Markus Kreuz  
Stadtkämmerer

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstandes,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Mit Mut durch schwere See“, so habe ich meine heutige Haushaltsrede überschrieben. „Schwere See“, weil ich eine solche **stürmische Ausgangslage**, wie die aktuelle, **für die öffentlichen Haushalte** noch nicht erlebt habe und „Mut“, weil ich der festen Überzeugung bin, dass es unsere Aufgabe als kommunale Verantwortungsträgerinnen und -träger ist, mit jedem neuen Haushalt immer auch **neue Perspektiven** für die kommenden Jahre zu geben.

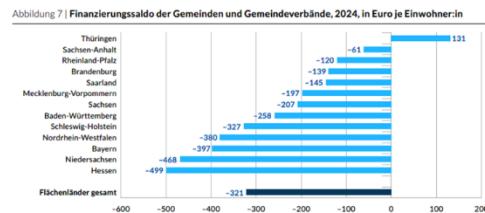


„In der schwächeren Konjunktur wächst das Steueraufkommen der Kommunen deutlich langsamer als die Ausgaben, die durch steigende Personalkosten aber auch durch die allgemeinen Teuerungen – insbesondere im Gebäudebereich – bestimmt werden. Der Anstieg der nicht durch Bund und Länder vollständig refinanzierten Kosten des Sozialstaates lässt die kommunalen Haushalte nun endgültig kippen. Defizite in nie bekannter Höhe türmen sich auf, absehbar steigende Liquiditätskredite leiten eine Zins-Schulden-Spirale ein, welche die kommunalen Handlungsspielräume weiter verengen wird. Die föderale Finanzarchitektur ist völlig aus dem Gleichgewicht geraten.“

Mit diesen Worten, meine Damen und Herren, beschreibt der Deutsche Städtetag die aktuelle Situation und dem ist in seiner Deutlichkeit nichts hinzuzufügen. Öffentliche Finanzen sind aktuell nichts für Mutlose.

Seit 2023 steigt die Verschuldung der Kommunen mit einem rasanten Tempo an. Mit einer noch nie dagewesenen Dynamik prognostiziert der Städte- und Gemeindebund einen Anstieg der jährlichen kommunalen Defizite auf mehr als 30 Mrd. Euro ab dem Jahr 2025.

## Kommunaler Finanzreport 2025



Quelle: Kommunaler Finanzreport 2025 Knappe Kassen, große Aufgaben, Bertelsmann Stiftung, Juli 2025

War die zunehmende Verschuldung aufgrund einer strukturellen Unterfinanzierung in der Vergangenheit häufig ein Phänomen, das vor allem in strukturschwachen Regionen Deutschlands sichtbar wurde, so sehen wir es heute bundesweit. Im kommunalen Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung wird eindrucksvoll beschrieben, wie **mittlerweile nahezu in allen Bundesländern die Städte und Gemeinden negative Haushaltssalden erleben**, also Schulden aufzubauen. Selbst die Kommunen in Bayern oder Baden-Württemberg, die lange verschont blieben, sind nunmehr ebenfalls in dieser rauen See angekommen.

Ein wesentlicher, sehr globaler Grund ist schnell erzählt: **Die Ausgaben steigen ungefähr doppelt so stark wie die Einnahmen**. Lag die Dynamik auf der Ertragsseite bei 5,0%, war die der Aufwendungen bei 9,9%. Eine Tendenz, die sich fortschreibt und über den sog. „Zinseszins-Effekt“ geht die Schere jedes Jahr weiter auseinander – zu Ungunsten der Kommunen.

## Kommunaler Finanzreport 2025

Tabelle 9 | Leistungsarten der Kommunen im Aufgabenbereich Jugend und Soziales

Leistungsart	2022		2017	
	Bereinigte Ausgaben Verwaltungshaushalt	Erstattungsquote	Bereinigte Ausgaben Verwaltungshaushalt	Erstattungsquote
Einrichtungen der Jugendhilfe (u. a. Kita)	34.002	51 %	24.187	46 %
Eingliederungshilfe SGB IX	20.815	29 %	-	-
Jugendhilfe (u. a. Hilfen zur Erziehung)	20.347	29 %	15.965	24 %
Grundsicherung für Erwerbslose SGB II	16.478	64 %	16.400	49 %
Grundversorgung und Hilfe SGB XII	15.075	67 %	30.468	41 %
Hilfen für Asylbewerber	5.214	91 %	4.979	90 %
Übrige soziale Leistungen	5.085	59 %	3.275	61 %
Soziale Einrichtungen (ohne Jugendarbeit)	2.758	35 %	2.264	52 %
Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	1.700	9 %	1.417	6 %
Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	548	64 %	696	89 %
Soziales und Jugend gesamt	122.021	48 %	99.651	43 %

Quelle: Destatis, Rechnungsstatistiken. | BertelsmannStiftung

Quelle: Kommunaler Finanzreport 2025 Knappe Kassen, große Aufgaben; Bertelsmann Stiftung; Juli 2025

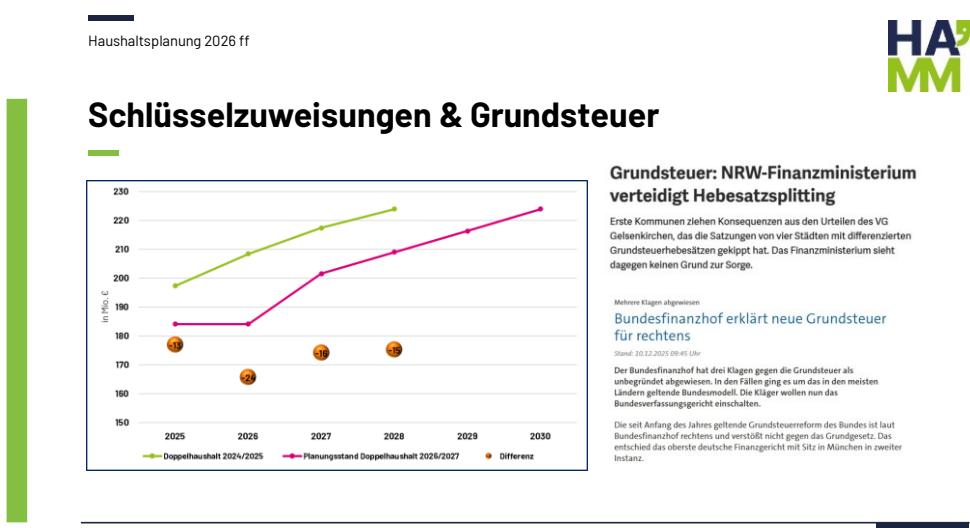
Ein wesentlicher Treiber sind die kommunalen Leistungsarten im Bereich Jugend und Soziales. Keine dieser Leistungen wird den Kommunen durch Bund oder Länder voll erstattet – ganz im

Gegenteil: im **Durchschnitt liegt die Erstattungsquote lediglich bei 43%-48%** oder umgekehrt gesagt: Wenn Bund und Länder die Musik bestellen, bezahlen die Städte und Gemeinden dafür 57% aus ihren eigenen Haushalten. Fair sieht anders aus!

Daher ist die Forderung der Kommunen natürlich nicht neu, wird trotzdem aber immer drängender. Es braucht eine Neuordnung der Bund-Länder-Kommunen-Finanzbeziehungen. Dazu zählen:

- eine Schärfung und unmissverständliche Einhaltung des Konnexitätsprinzips
- eine kommunalfreundlichere Anpassung der Verteilschlüssel u. a. für die Einkommens- und Umsatzsteuer
- eine Reform der Gewerbesteuer, die diese berechenbarer für die Städte macht
- eine deutliche Entlastung bei den Soziallasten
- sowie eine spürbare Besserstellung im kommunalen Finanzausgleich des Gemeindefinanzierungsgesetzes des Landes NRW

Meine Damen und Herren, gewiss, diese Forderungen sind nicht neu. Und selbst ich habe diese nun schon in mehr Haushaltsreden hereinschreiben müssen, als ich es mir vor einigen Jahren gewünscht hätte. Ob es irgendwann fruchtet, wird die Zukunft zeigen. Zumindest mit Blick auf das **Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes** dürfte das mit großen Fragezeichen versehen werden.



Dieses wird finanziert aus den Gemeinschaftssteuern. Das Land NRW stellt 23% seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer den Städten und Gemeinden zur Verfügung.

In § 1 bestimmt das GFG NRW 2025, dass „die Gemeinden und Gemeindeverbände die Kosten ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben tragen, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten vom Land Nordrhein-Westfalen im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Erträge allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.“

Im Jahr **2026 werden das für die Stadt Hamm rund 184,1 Mio. Euro** und damit die höchste einzelne Ertragsposition im Haushalt der Stadt Hamm sein. Aber dennoch ist das kein Grund zur überschwänglichen Freude.

Zur ganzen Wahrheit gehört eben leider auch, dass wir mit diesem Betrag deutlich unter den ursprünglichen Zusagen bleiben, die das Land selbst in seinen Planungen an die Kommunen gegeben hatte. Allein **in 2026 sind es 24,4 Millionen Euro weniger**. In den anderen Jahren liegt der Ausfall immerhin noch bei 15 und 16 Mio. Euro jährlich.

Hinzu kommen noch die vor einigen Jahren politisch beschlossenen Verschlechterungen aufgrund des sogenannten Sofia-Gutachtens, mit welchen die damalige Landesregierung die sozialschwachen Städte und Gemeinden weiter benachteiligt hat. Diese **strukturelle, jährliche Schlechterstellung der Stadt Hamm liegt bei 25 Mio. Euro**. Kurzum: Im Jahr **2026 fehlen uns alleine nahezu 50 Mio. Euro aus dem GfG**, die auch nicht auf andere Weise kompensiert wurden. Die einmalige und eher halbgare sogenannte Altschulden-Lösung hilft da leider nicht – aber zu diesem Thema später noch zwei Sätze mehr.

Übrigens wurden auch wieder in den Gemeindefinanzierungsgesetzen der Jahre 2022-2024 nachteilige Faktoren für die Städte wie Hamm über die Steuerkraftmesszahlen hinsichtlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuer eingefügt, die von uns und anderen Städten dann wiederum beklagt wurden. Diese Verfassungsbeschwerde wurde im November des vergangenen Jahres jedoch zurückgewiesen – wir werden also auch damit leben müssen.

Meine Damen und Herren, Mut anstelle von Verzweiflung brauchten wir auch im unruhigen Wasser der **Reform der Grundsteuer**. Keine Sorge: Ich malträtiere Sie nicht erneut mit allen Details dieser – aus meiner bescheidenen Sicht verkorksten – Reform. Aber wir kommen wohl nicht umhin, dass uns dieses Thema noch weiter beschäftigen wird. Neben der Umstellung Ende 2024 und der Anpassung im vergangenen Dezember stehen nun nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen und des Bundesfinanzhofes weiterhin viele Fragezeichen im Raum.

Sind die differenzierten Hebesätze, die das Land eingeführt hat und die wir 1:1 nach dem Landesrecht übernommen haben, nun zulässig oder nicht oder unten welchen Maßgaben. Die inhaltliche Argumentation halten wir weiterhin für richtig: Die Reform der Grundsteuer darf nicht dazu führen, dass Wohnen über deutlich gestiegene Grundsteuern immer teurer wird. Die soziale und wohnungspolitische Wirkung dieser Reform darf eben nicht nachteilig sein.

Das Urteil aus Gelsenkirchen ist noch nicht rechtskräftig und wird weiter seinen Weg durch die gerichtlichen Instanzen gehen. Die Feststellung des Bundesfinanzhofes, dass die Reform an sich verfassungskonform sei, deutet zumindest auf ein bisschen mehr Rechtssicherheit hin.

## Rückblick

Seit 2016 bis 2024 positive Ergebnisse

Haushaltsvolumen steigt stetig

Insgesamt hoher Verschuldungsabbau

Meine Damen und Herren, „nicht gemeckert ist Lob genug“. Diese Redewendung wird gerne den Menschen in Westfalen in den Mund gelegt. Daher habe ich in meinen bisherigen Ausführungen auch ein bisschen gemeckert – aber nur damit Land und Bund nicht glauben, ich würde sie loben.

Wir in Hamm haben nämlich unsere **Hausaufgaben überall dort sehr erfolgreich gemacht, wo wir das eigenverantwortlich konnten**. Seit 2016 haben wir so manches unruhige Wasser umschiffen und **Jahr für Jahr ausgeglichene Haushalte** vorlegen können. Damit einher ging ein **Abbau unserer Verschuldung** von mehr als 40%. Und das obwohl Hamm mit seinen 424 Mio. Euro Verschuldung in der Spitze niemals zu den hochverschuldeten Städten in diesem Land gehörte.

Wir haben viele Jahre hart daran gearbeitet: Während des Stärkungspaktes hatten wir mehr als 250 Maßnahmen zur Haushaltssicherung und wir haben die Überschüsse der neun positiven Haushalte verantwortungsbewusst alle zur Stärkung unseres Eigenkapitals genutzt. In der Spur haben wir Ende 2024 über rund 192 Mio. Euro Eigenkapital verfügt. Auch das hat dazu geführt, dass wir im Sog von Corona und Kriegen in Europa nicht untergegangen sind. Das Schiff Stadt Hamm war mit wenig Ballast unterwegs und schipperte über manche Welle der schwierigen See.

Dies geht übrigens nicht ohne das Zutun von ganz vielen und gilt nicht nur für die Aufstellung dieses Haushaltes, sondern auch für die Abwicklung derer davor. Daher möchte ich meiner Kollegin und meinen Kollegen des Verwaltungsvorstandes für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit sehr herzlich danken!

Dass wir gut wirtschaften und eine Menge für die Bürgerinnen und Bürger erreichen, lässt sich unter anderem auch an unseren **städtischen Gebühren** ablesen. In 2026 steigen die Gebühren für den Musterhaushalt um 81 Euro im Jahr, d. h. 6,75 Euro im Monat. Und dafür gibt es so einiges, wie die zuverlässige Entwässerung, die Abfallsorgung und die Straßenreinigung. Im regionalen Umfeld sind wir **seit vielen Jahren (mit) die günstigsten** und unsere Gebührensteigerungen liegen im 10jährigen Mittel unter den allgemeinen Kostensteigerungen im Land.

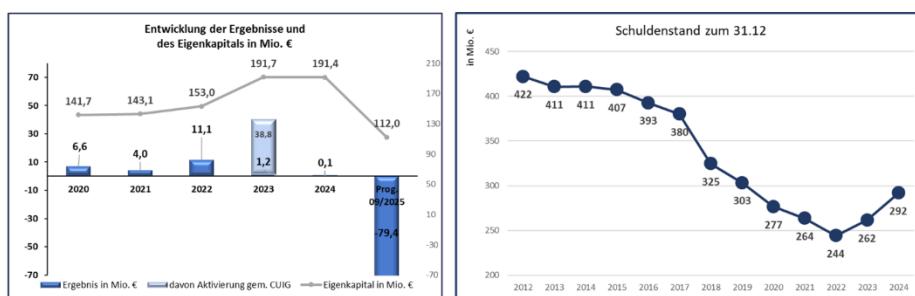
## Bilanz 2024

in Mio. €

Aktiva		Passiva			
		2023	2024	2023	2024
Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit		38,8	38,8		
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.466,3</b>	<b>1.492,8</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>191,7</b>	<b>191,4</b>
- Immaterielle Vermögensgegenstände	1,4	1,3	- Allgemeine Rücklagen	126,4	126,0
- Sachanlagen	1.086,3	1.111,8	- Ausgleichsrücklagen	26,0	65,4
- Finanzanlagen	378,6	379,7	- Jahresüberschuss	39,4	0,1
			<b>Sonderposten</b>	593,4	606,8
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>57,5</b>	<b>61,0</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>396,4</b>	<b>393,3</b>
- Vorräte	2,1	1,2	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>403,9</b>	<b>431,6</b>
- Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	55,2	59,6			
- Liquide Mittel	0,2	0,2			
<b>Aktive RAP</b>	<b>82,0</b>	<b>79,0</b>	<b>Passive RAP</b>	<b>59,3</b>	<b>48,5</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.644,7</b>	<b>1.671,6</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.644,7</b>	<b>1.671,6</b>

Meine Damen und Herren, die **städtische Bilanz ist rund 1,7 Mrd. Euro schwer**. Wir haben mehr als 3.000 Kolleginnen und Kollegen in allen Verwaltungsteilen unserer Stadtverwaltung und über 1.000 Kolleginnen und Kollegen in den mehr als 50 unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungsgesellschaften. Die **Wertschöpfung unserer Tochtergesellschaften** trägt an vielen Stellen zu einem besseren Hamm bei und, ja, auch im städtischen Haushalt sehen wir das, beispielsweise über Gewerbesteuererträge. Das Schiff Stadt Hamm ist schon lange kein kleiner Schoner mehr, sondern ein prächtiger Dreimaster, der kühn mit vollen Segeln über die Meere navigiert.

## Ergebnisentwicklung, Eigenkapital, Verschuldung

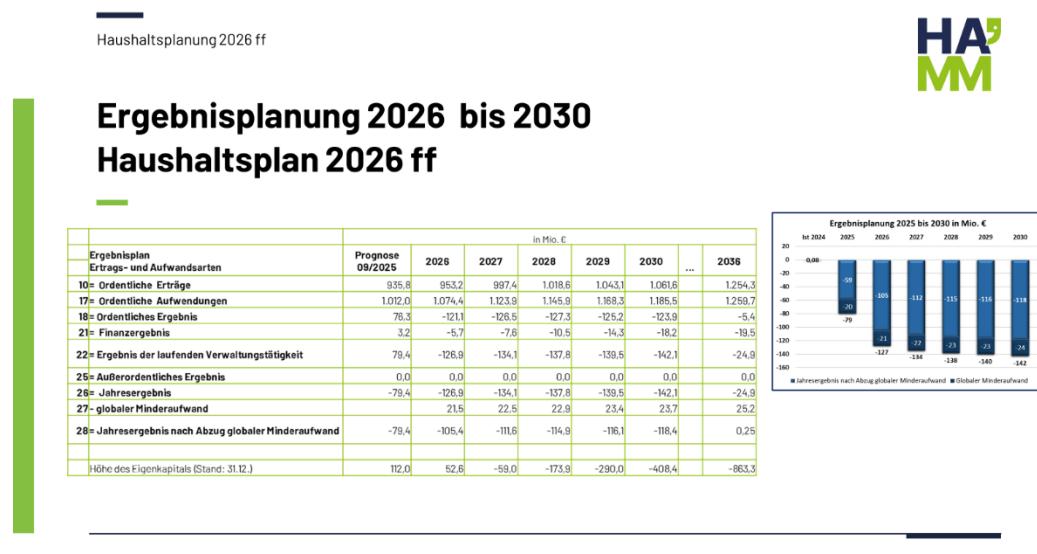


Bereits während der Pandemie und spätestens mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zogen sich allerdings Wolken, die Schlimmeres ahnen ließen, am einst so blauen Himmel zusammen. Wie bereits beschrieben, stand den Städten und Gemeinden insgesamt in Deutschland bereits das Wasser bis zum Hals und sie mussten sich wieder verschulden. Nicht so bei uns. Den ersten Ausläufern des aufziehenden Sturms konnten wir trotzen und haben auch **in schwierigen Jahren 2023 und 2024 noch ausgeglichene Haushalte** erreicht. 2024 sogar nicht

zuletzt aufgrund einer starken Gewerbesteuer, die in Hamm gegen den allgemeinen Trend eine äußerst positive Entwicklung nahm.

**2025** wird nun nach sehr langer Zeit das erste Jahr sein, in dem wir den Haushalt nicht ausgleichen werden können. Projiziert im letzten Doppelhaushalt war ein **Defizit von ca. 79 Mio. Euro** und auf diesem Niveau wird es sich nach jetzigem Stand auch einpendeln. Unterjährige Verbesserungen von immerhin knapp 30 Mio. Euro, die wir durch unsere aktive Haushaltssteuerung generieren konnten, wurden durch weitere Verschlechterungen beim Gemeindefinanzierungsgesetz, durch deutlich höhere Tarifabschüsse als vermutet und auch durch niedrigere Anteile an den Gemeinschaftssteuern direkt wieder aufgezerrt. Entsprechend wird das Eigenkapital um diesen Fehlbetrag auch reduziert.

Ebenso müssen wir damit erleben, dass auch unsere **Verschuldung wieder ansteigt**. Mit 292 Mio. Euro liegen wir immer noch deutlich unter dem höchsten Wert der Verschuldung Ende 2011 und vor allem weit entfernt von den Milliarden-Schulden vieler anderer Städte. Aber die Tendenz hat sich eindeutig gedreht und es ist leider kein kurzfristiger Effekt, sondern eine sich verstetigende Tendenz aufgrund der geschilderten **strukturellen Unterfinanzierung der Städte und damit auch von Hamm**. Und dennoch: Wir sind seit vielen Jahren die kreisfreie Stadt in ganz NRW mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung. Auch hier gilt: Unsere Hausaufgaben haben wir gemacht.



Meine Damen und Herren, die Ergebnisplanung geht für die **kommenen Jahre** in ihrer Projektion von erheblichen **Defiziten** aus. Nach den rund 79 Mio. Euro in 2025 steigen die Werte **auf 105 – 120 Mio. Euro pro Jahr** – bereits nach Abzug des globalen Minderaufwands. Unser **Eigenkapital wird im Laufe des Jahres 2027 aufgebraucht sein**. Auch unser Schiff ist nun in der stürmischen See angekommen und wird sich mit viel Mut behaupten müssen.

Der § 75 der Gemeindeordnung NRW schreibt, dass „die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen hat, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.“ Der Haushalt ist in jedem Jahr in Planung und Rechnung auszugleichen. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

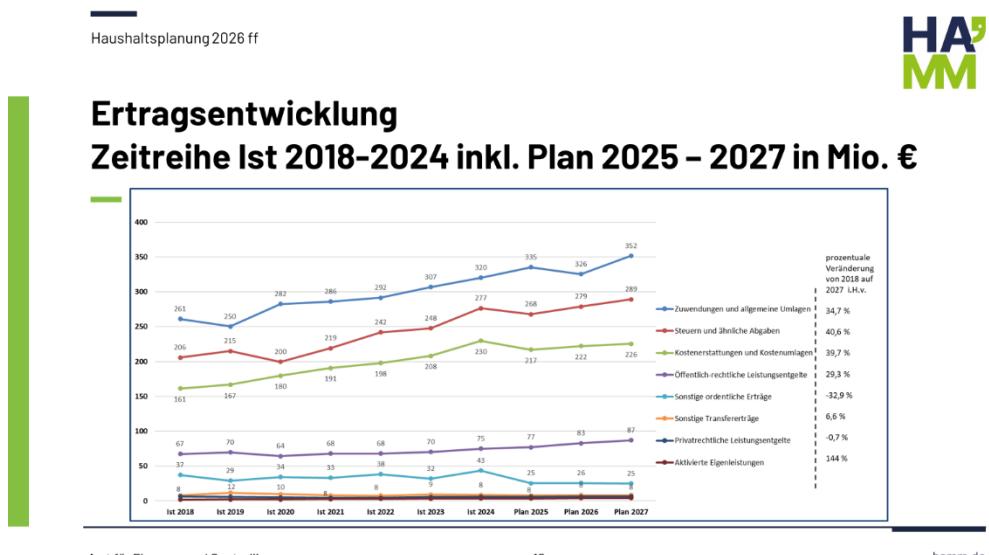
Wie unter den geschilderten schlechten Rahmenbedingungen dieser fromme Wunsch eingehalten werden soll, bleibt jedoch schleierhaft.

Wird ebendieser Haushaltssausgleich nicht (mehr) erreicht, greift § 76 der Gemeindeordnung, der normiert, dass die Gemeinde verpflichtet ist, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, welches durch die Aufsichtsbehörde, bei uns die Bezirksregierung Arnsberg, zu genehmigen ist. Diesen Weg werden wir mit diesem Haushalt nun einschlagen müssen und **ein 10jähriges**

**Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen.** Es ist nicht das erste Mal und insofern lässt sich dieser unbefriedigenden Situation zumindest noch das Positivum abgewinnen, dass wir wissen, was zu tun ist.

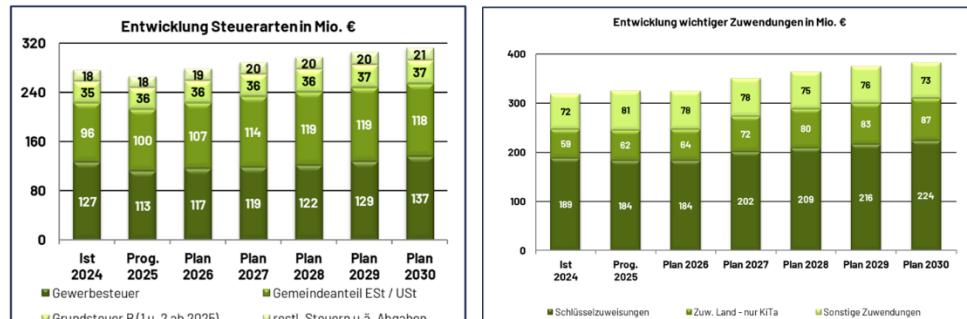
Unser neues HSK setzt daher bewusst auf die erfolgreichen Sanierungskonzepte aus den Zeiten des NRW-Stärkungspaktes auf: wir kämmen die Kosten für Sach- und Dienstleistungen durch, suchen nach Optimierungen bei unseren internen Prozessen und sehen welche Entlastungen uns Künstliche Intelligenz und Digitalisierung im Personalbudget bringen können. Insgesamt erzielen wir damit zusätzliche Sanierungsbeiträge von 8,5 – 15 Mio. Euro pro Jahr. Diese kommen noch einmal auf die rund 40 Mio. Euro pro Jahr drauf, die wir bereits in den Jahren 2011-2021 jährlich erzielt haben.

Doch woran liegt es? Was sind die wesentlichen Gründe für diese immensen Verschlechterungen auch in unserem Haushalt?



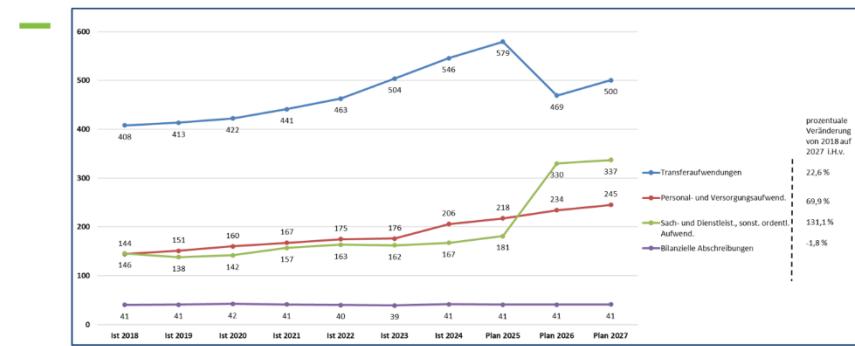
Wenn wir auf die **Entwicklung der wesentlichen Ertragspositionen** des Haushaltes schauen, sehen wir leicht ansteigende Kurven. Die Verbesserungen zwischen 2018 und 2027 – wir sprechen von einer Dekade! – liegen bei maximal rund 40%. Eine Ausnahme bilden die „aktivierten Eigenleistungen“, die – natürlich auf niedrigerem Niveau – um 144% steigen. Dies, meine Damen und Herren, gehört aber zu unseren gemachten Hausaufgaben, denn dahinter verbergen sich städtische Investitionen, die zusätzlich aktiviert und damit zu Eigenkapital wurden.

### Zentrale Finanzen – Steuern – wesentliche Zuwendungen



Bei den **Zentralen Finanzen, den Steuern und den weiteren Zuwendungen** stechen in ihrer Bedeutung vor allem die Gewerbesteuer sowie die Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer heraus. Bei den Zuwendungen sind es die des Gemeindefinanzierungsgesetzes und die für die Kindertagesstätten. Insgesamt bleibt aber leider festzuhalten, dass die Steigerungen bei den Steuern und Zuwendungen deutlich hinter dem zurückbleiben, was eigentlich über die Planungsdaten des Landes angekündigt war. Die langanhaltende wirtschaftliche Schwächeperiode macht sich auch dort deutlich bemerkbar.

### Aufwandsentwicklung Zeitreihe Ist 2018-2024 inkl. Plan 2025 bis 2027 in Mio. €



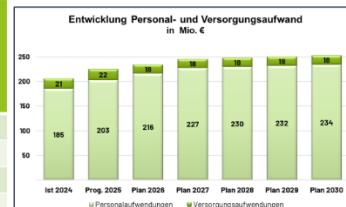
Bei den **Aufwandspositionen** sehen wir dagegen ganz andere, nämlich sehr viel höhere Steigerungsraten. Personal- und Versorgungsaufwendungen, Transferaufwendungen und Sach- und Dienstleistungsaufwand zeigen Erhöhungen von über 131% in einem Jahrzehnt. Der „Knick“ der sich in zwei der Kurven zeigt, ist übrigens nur ein technischer, da die Zuordnung der Aufwendungen haushaltstechnisch geändert wurde – im Ergebnis ändert es (leider) nichts.

## Auswirkungen der Tarifabschlüsse sowie Besoldungsanpassungen 2024 - 2027

Jahr	fortgeschriebener anteiliger Aufwand aus Vorjahren (kumuliert)*	zusätzlicher Aufwand gegenüber dem Vorjahr	(hochgerechneter) Anteil*, der sich auch auf Folgejahre auswirkt	gesamter zusätzlicher Aufwand im jeweiligen Jahr
2024		29,7 Mio. €	16,5 Mio. €	29,7 Mio. €
2025	16,5 Mio. €	23,6 Mio. €	6,8 Mio. €	40,1 Mio. €
2026	23,3 Mio. €	15,8 Mio. €**	6,8 Mio. €	39,1 Mio. €
2027	30,1 Mio. €	14,3 Mio. €**	6,5 Mio. €	44,4 Mio. €

\* ohne Einmaleffekte wie Inflationsausgleichsprämien oder zusätzlicher Zuführungen zu Rückstellungen

\*\* unter Annahmen kalkuliert, da Besoldungsanpassungen noch nicht bekannt sind



Schauen wir nun etwas genauer in die großen Aufwandspositionen. Der **Personal- und Versorgungsaufwand** steigt bei uns ebenfalls deutlich an. Im vergangenen Jahr haben wir erstmals die 200-Millionen-Euro-Marke überschritten und die Tendenz ist weiter steigend. Der wesentliche Grund ist mit den **relativ hohen Tarifabschlüssen und weiteren Sonderzahlungen** der vergangenen Jahre schnell zu erklären. Zwischen 2023 und 2027 erhöhen sich die Planansätze um 61,2 Mio. Euro. 72,6% davon sind den Tarifabschlüssen geschuldet und damit extern vorgegeben. Insgesamt machen die kumulierten Erhöhungen in den Jahren 2024 – 2027 einen Mehraufwand in Höhe von 153,3 Mio. Euro aus.

Damit wir uns nicht missverstehen: Diese Entwicklung schmerzt mich als Kämmerer sehr, da wir keine entsprechenden Erträge dagegenstellen können. Als Personaldezernent habe ich die Tariferhöhungen aber für absolut gerechtfertigt gehalten, da die gute Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes eben auch gut bezahlt werden muss und es keinen (weiteren) schlechenden Abstieg gegenüber der Privatwirtschaft geben darf. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die künftige Fachkräftegewinnung, denn bereits heute fehlen bundesweit rund 40.000 Fachkräfte in den öffentlichen Verwaltungen.

Meine Damen und Herren, wenn ich davon spreche, dass 72,6% der Personalaufwandssteigerung extern durch die Tarifabschlüsse vorgegeben sind, so ist auch klar, dass das verbleibende Delta in Teilen aufgrund eines Personalaufwuchses im Hause passiert ist.

Im Gegensatz zu dem, was hin und wieder – und natürlich niemals hier in diesem hohen Hause – hinter vorgehaltener Hand erzählt wird, machen wir das nicht aus Lust und Laune. Das Gegenteil ist der Fall. Die zunehmende **Flut von neuen, zusätzlichen oder erweiterten Aufgaben** macht es seit vielen Jahren nötig, dass wir mit diesen neuen, zusätzlichen oder erweiterten Aufgaben eben auch die Menschen dafür zusätzlich benötigen, die diese Aufgaben erledigen.

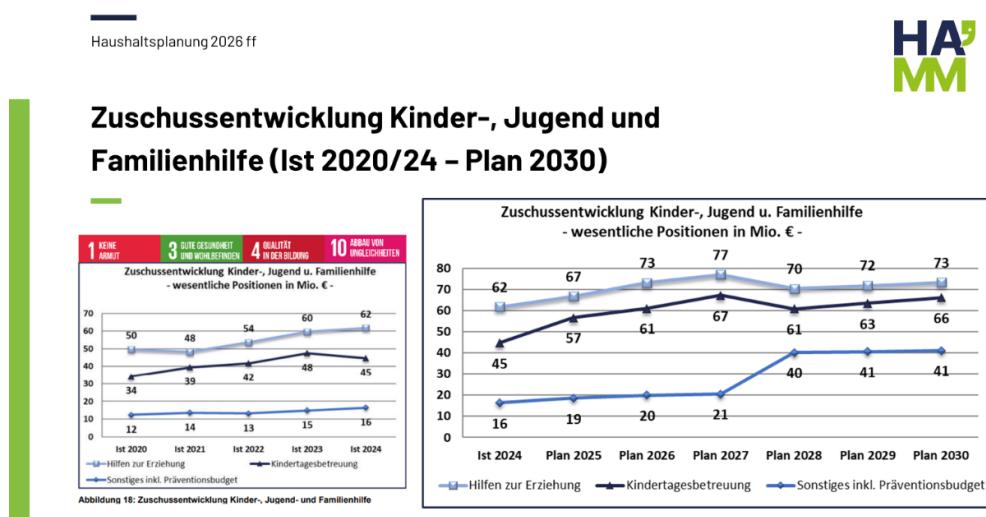
Lassen sie mich einige wenige Beispiele nennen:

- im Amt für Integration, Ausländer und Flüchtlingsangelegenheiten aufgrund der Wohngeldreform

- in der Musikschule und der VHS aufgrund des Herrenberg-Urteils und der damit verbundenen Umwandlung von Honorarstellen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- im Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz aufgrund der Umstellung der Feuer- und Rettungswache II auf den 24/7-Betrieb
  - o Einrichtung zusätzlicher Funktionen auf Basis des Brandschutzbedarfsplanes
  - o Einrichtung eines (mittlerweile) 7. RTW
  - o Ausbau des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes
  - o Stärkung von feuerwehrinternen Aufgaben (Aus- und Fortbildung, Kleiderkammer, Informations- und Kommunikationstechnik)
- im Ordnungsamt aufgrund der Aufstockung des KOD
- im Jugendamt
  - o aufgrund der Stärkung des Bereichs frühkindliche Bildung / Kita
  - o der Springerstellen in Kitas
  - o der pädagogischen Stellen für zusätzliche Kita-Gruppen
  - o der Fallzahlsteigerung im Allgemeinen Sozialen Dienst
- im Immobilienmanagement aufgrund des Aufwuchses an Reinigungskräften aufgrund der Zunahme von Reinigungsflächen
- im Amt für Organisationsentwicklung, IT und Digitalisierung aufgrund der Einrichtung einer Stabstelle IT-Sicherheit sowie dazugehörige Maßnahmen

Diese Liste könnte ich noch um einiges weiterführen.

Sie sehen aber auch, dass wir nach den beiden Planjahren 2026 und 2027 in der mittelfristigen Planung von deutlich niedrigeren Steigerungsraten beim Personal- und Versorgungsaufwand ausgehen. Dies hat auch einen handfesten Grund: So, wie überall im Land, in Unternehmen, wie Verwaltungen nehmen die durch Künstliche Intelligenz und die durch Digitalisierung unterstützten Prozesse deutlich zu. Wir gehen davon aus, dass wir in den kommenden Jahren (eher weniger als mehr) einen nennenswerten technischen Sprung bei vielen sich wiederholenden Prozessen in der Verwaltung sehen werden. Diese „**KI-Rendite**“ wollen wir nutzbar machen. Zum einen wollen wir damit den Anstieg der Personalkosten dämpfen und zum anderen wollen wir finanzielle Spielräume, die daraus entstehen, auch für die Fortbildung und Weiterqualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen.



Meine Damen und Herren, traditionell gehören zu den jährlich steigenden Aufwendungen die **Bereiche Kinder, Jugend und Familien**. In allen Themenfeldern gibt es zwischen 2020 und 2026 nur eine Tendenz und die geht steil nach oben. Die Hilfen zur Erziehung steigen von 50 auf 73 Mio. Euro, bei **der Kita-Betreuung sehen wir eine Verdoppelung auf 66 Mio.** und bei den weiteren Budgets sogar eine mehr als Verdreifachung der jeweiligen Ansätze.

Haushaltplanung 2026 ff



## Zuschussentwicklung Soziale Leistungen (Ist 2020/24 – Plan 2030)

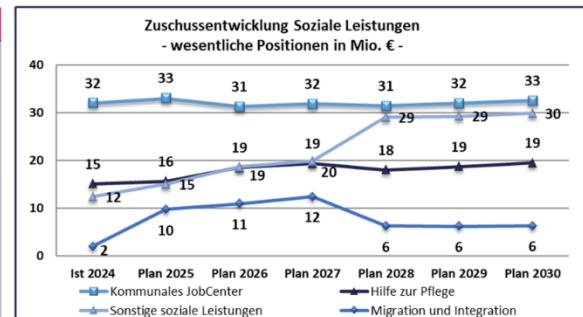
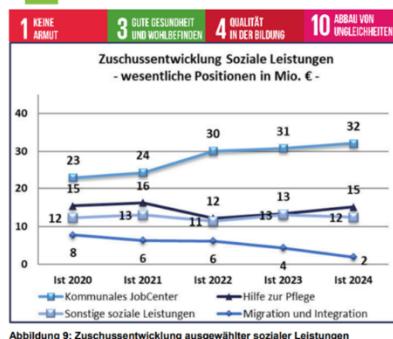


Abbildung 9: Zuschussentwicklung ausgewählter sozialer Leistungen

Amt für Finanzen und Controlling

15

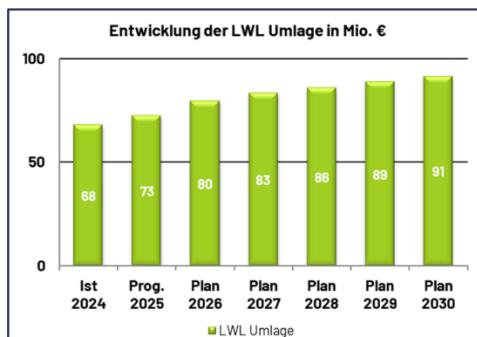
hamm.de

Bei den **sozialen Leistungen** sehen wir beim Job-Center nach Steigerungen zu Beginn dieses Jahrzehntes nunmehr eine gleichbleibende Linie. Die Hilfen zur Pflege, die sonstigen sozialen Leistungen und auch die Finanzierungsbedarfe für Integration und Migration werden in den kommenden Jahren weiter oder wieder ansteigen.

Haushaltplanung 2026 ff



## LWL Umlage & Integrationshelfer



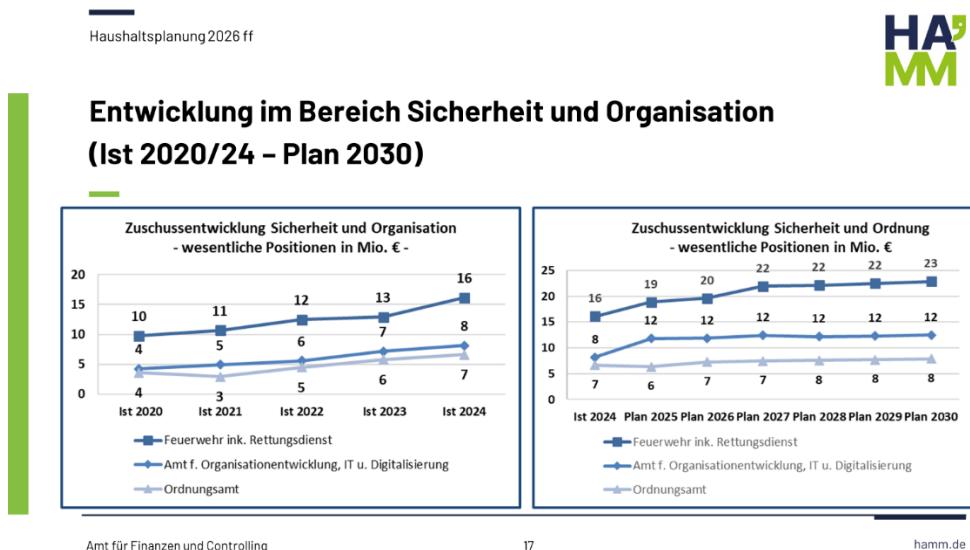
Amt für Finanzen und Controlling

16

hamm.de

Die **LWL-Umlage** steigt bis 2030 auf 91 Mio. Euro, was noch einmal 18 Mio. Euro mehr sind als in 2025. Bei den Integrationshelferinnen und -helfern nehmen die Fälle und der finanzielle Aufwand ebenfalls kontinuierlich weiter zu, praktisch von 0 vor wenigen Jahren auf rund 12 Mio. Euro in

2024, Tendenz weiter steigend. Insgesamt liegt der Anteil der **Aufwendungen für Jugend, Soziales und Schulen bei 56%, gemessen am gesamten Haushaltsvolumen**. Dieses liegt bei mehr als 1,1 Mrd. Euro und die Entwicklung der vergangenen Jahre ist, dass die Aufwendungen in den hier genannten Bereichen im Gleichschritt mit dem Haushaltsvolumen wachsen. Eine strukturell äußert problematische Entwicklung, da sie uns die freien Spielräume im Haushalt extrem einschränkt.



Aber selbst bei Themen wie der **Sicherheit und Ordnung** sehen wir eine Aufwandskurve, die nach oben läuft. Höhere Erwartungen an den Kommunalen Ordnungsdienst, ein qualitativ gestärkter – wie er im Brandschutzbedarfsplan und der langfristigen Entwicklungsstrategie festgelegt wurde – **Brandschutz- und Rettungsdienst** und immer neue Vorgaben für eine **möglichst krisenfeste IT-Infrastruktur** lassen auch in diesen Bereichen die Aufwendungen seit einigen Jahren kontinuierlich ansteigen.

Selbstverständlich gehört dazu auch, dass wir uns mit den Fragen der kritischen Infrastruktur und deren Schutz wieder stärker befassen. Deswegen haben wir bereits 2023 eine eigene Abteilung dazu bei der Feuerwehr – also dort, wo der Zivilschutz organisatorisch verortet ist – geschaffen und entsprechend ausgestattet. Wir arbeiten gemeinsam mit den anderen staatlichen Stellen in dieser Stadt und darüber hinaus auf den anderen staatlichen Ebenen eng zusammen, um die **zivile Verteidigung** als Ergänzung zur militärischen organisatorisch gut aufzustellen. Mehr Geld kostet uns dies aber auch.

Meine Damen und Herren, unabhängig davon, wie jede oder jeder einzelne von Ihnen inhaltlich zu diesen Themen steht, so ist klar, dass das **Konnexitätsprinzip** hier in den vergangenen Jahrzehnten mit Füßen getreten wurde. Den Kommunen wurden immer mehr Leistungen durch Bund und Land übertragen und es gab eben nicht die entsprechende und vor allem auskömmliche Finanzierung dafür. Auch hier erlauben Sie mir einige Beispiele, die sehr schnell zeigen, dass unsere kommenden Defizite weniger hausgemacht und mehr fremdbestimmt sind (ausgewählte Zuschussbedarfe aus dem städtischen Haushalt):

- Kindertagesbetreuung - 61 Mio.
- Ganztagsanspruch - 5 Mio.
- Krankenhausumlage - 3 Mio.
- Wohngeldreform - 1 Mio. (von 5,25 VZÄ in 2023 auf 19 in 2026)

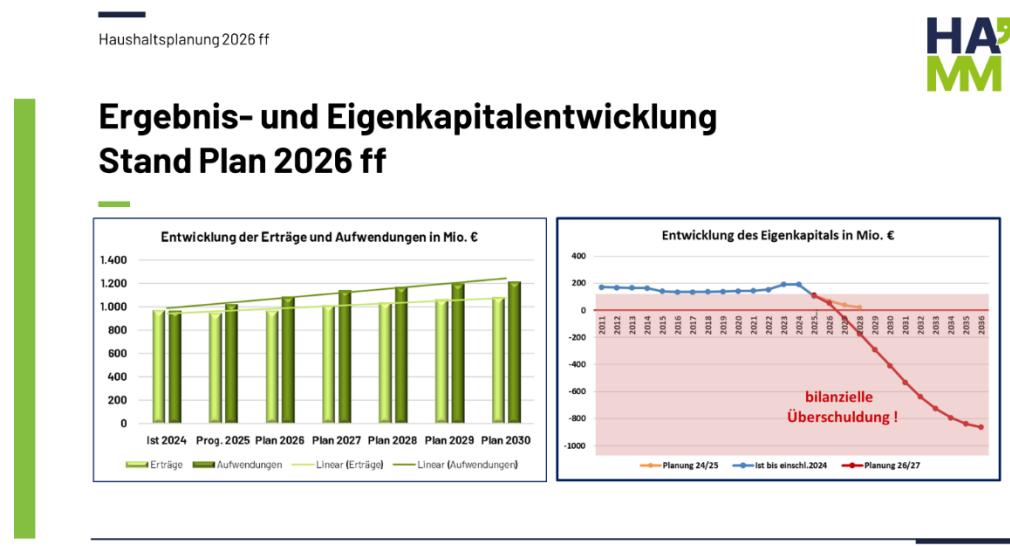
- Bundeskinderschutzgesetz - 1 Mio.

Ergänzen wir zu diesen Beispielen einmal die Verschlechterungen, die sich nur zwischen 2026 und 2025 ergeben haben, wird das Bild noch beeindruckender:

- Tarifsteigerungen	+16 Mio. Euro
- LWL-Umlage	+ 7 Mio. Euro
- Schlüsselzuweisungen	-24 Mio. Euro
- Soziales	+ 6 Mio. Euro
- Jugend	+12 Mio. Euro
- Schule	+ 5 Mio. Euro
- HzE	+ 6 Mio. Euro
- KiTa	+ 4 Mio. Euro
- Hilfe zur Pflege	+ 3 Mio. Euro
- sonst. soziale Leist.	+ 4 Mio. Euro
- Migration/Integration	+ 1 Mio. Euro
- Feuerwehr & Rettungsdienst	+ 1 Mio. Euro (tlw. refinanziert)
- Sicherheit & Ordnung	+ 1 Mio. Euro
Summe	+90 Mio. Euro

Noch nicht berücksichtigt sind hier die allgemeinen **Preisseigerungen bei den Baukosten**, die regelmäßigen Anpassungen der IT-Sicherheitsstandards und vieles mehr.

Aber allein schon diese Beträge machen deutlichen, wie stark der Haushalt mittlerweile durch externe Faktoren belastet ist und wie nah diese Verschlechterungen von fast 100 Mio. Euro von einem auf das andere Jahr uns an die neuen Defizite des Haushaltes in ähnlicher Größenordnung heranführen.



Das alles bleibt nicht folgenlos. Die Aufwendungen steigen stärker als die Erträge - wir sahen das bereits ganz zu Beginn meiner Ausführungen. Die Defizite wachsen in den 3-stelligen Millionenbereich und damit einher geht in den kommenden Jahren nicht nur ein spürbarer **Rückgang unseres Eigenkapitals**, sondern auch, dass wir nach der heutigen Projektion im Laufe des Jahres 2027 in die **bilanzielle Überschuldung** rutschen werden, die sich bis 2036 - dem

Ende des Zeitraums **des neuen Haushaltssicherungskonzepts** – bis auf über 800 Millionen aufbauen wird.

Eine Last für die kommenden Generationen und zunehmend schlechte Voraussetzungen für den Zugang zum Kapitalmarkt, der uns mit den notwendigen Darlehen wird versorgen müssen.



Ebendieser Zugang zur weiteren (Re-)Finanzierung unserer kommenden Haushalte ist aber existenziell: Die Verschuldung wird aufgrund der hohen Unterfinanzierungen unserer künftigen Haushalte deutlich ansteigen und in 2030 kann ein Niveau von über 950 Millionen Euro Verbindlichkeiten erreicht werden. Mehr als das 3-fache von heute – in nur fünf Jahren.

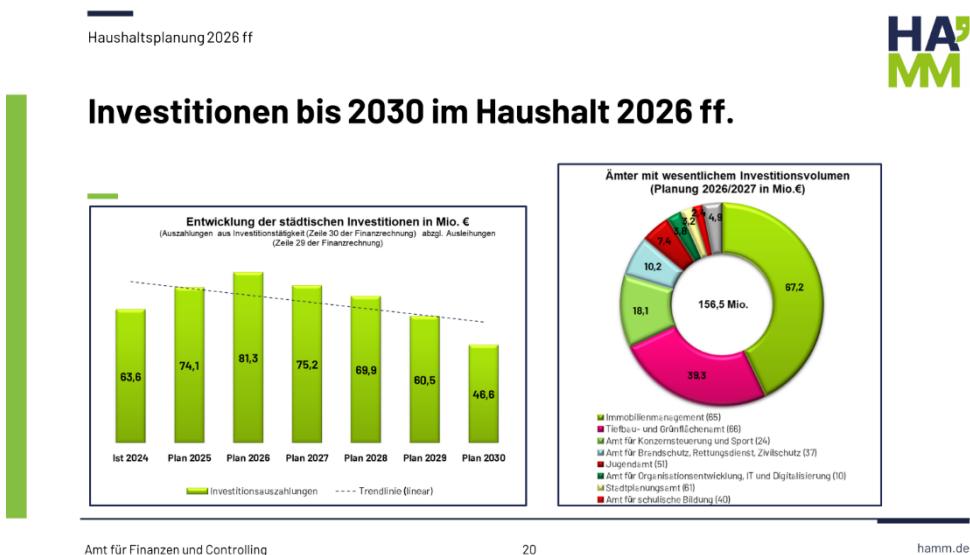
Auch die damit verbundene stetig steigende Zinslast nimmt uns weitere Luft zum Atmen. Erhöhen sich unsere Zinsaufwendungen zwischen 2022 und 2027 noch im Wesentlichen aufgrund des steigenden allgemeinen Zinsniveaus, so wird ab spätestens 2029 der Treiber bei den steigenden Zinsaufwendungen die hohe Verschuldung sein. Die ganze Dramatik der kommunalen Unterfinanzierung wird auch aus diesen Zahlen sehr klar.

Da wirkt es eher **wie ein Tropfen auf dem heißen Stein**, wenn die Landesregierung uns über ihre **Altschuldenlösung** mit 23,4 Mio. Euro entlastet. Der Zinsvorteil wird damit pro Jahr bei nur rund 250.000 – 500.000 Euro liegen. Mit Blick auf die kommenden jährlichen Defizite von über 100 Mio. Euro ist das wahrlich kein großer Wurf.

Und es ist vor allem ungerecht – zumindest für die Stadt Hamm. Haben wir in den vergangenen Jahren – mit oder ohne Stärkungspakt – immer unsere Hausaufgaben gemacht, ausgeglichene Haushalte erzielt und unsere – ohnehin niedrige – Verschuldung noch weiter reduziert, werden heute die Städte belohnt, die auf hohen Schulden sitzen. Essen wird um über 600 Mio. Euro entlastet, Hagen um über 540 Mio. Euro, Oberhausen sogar um 1,2 Milliarden Euro. Selbst Herten mit rund 1/3 der Einwohner Hamms – und ich kenne die schwierige Haushaltsslage dort ein wenig aus meiner früheren Tätigkeit – erhält stolze 154 Mio. Euro.

Ich gönne es jeder einzelnen Stadt. Aber ich bin nun mal mit meiner ganzen Leidenschaft Kämmerer unserer Stadt Hamm und aus dieser Warte muss ich leider in Richtung Landesregierung sagen: Das war nix! Belohnt wird eine hohe Verschuldung und keine solide

Haushaltsführung, strukturelle Defizite und Unterfinanzierungen werden ignoriert und die Kommunen werden damit (weiterhin) allein gelassen.



Meine Damen und Herren, wir machen unsere Hausaufgaben – das habe ich bereits einige Male gesagt. Und wir machen sie auch mit Blick auf die **Investitionen, die wir als Stadt und als Konzern** in den kommenden Jahren tätigen wollen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und NRW ist eine Aufgabe für die dortigen Regierungen und wir sind massiv abhängig von den allgemeinen Rahmenbedingungen. Das, was wir jedoch machen können, ist vor Ort durch ein stabil hohes Investitionsniveau die heimische – lokale, wie regionale – Wirtschaft zu stützen. Nur Unternehmen, die über ausreichend Aufträge verfügen, können ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten, erhöhen und auch anständig bezahlen.

Daher steigern wir unser investives Niveau in den kommenden Jahren sogar noch. Haben wir in der Vergangenheit 100% der getätigten Tilgung als neue Investitionsdarlehn eingeplant, liegen wir mit 16,3 Mio. und 15,5 Mio. in den kommenden beiden Jahren über den bisherigen Werten. Für die Kreditierung unserer städtischen Gesellschaften stellen wir darüber hinaus insgesamt 100 Mio. Euro zur Verfügung, damit auch dort Investitionen in erheblichem Umfang getätigt werden können.

Insgesamt werden wir **in 2026 und 2027 156,5 Mio. Euro im investiven Haushalt** zur Verfügung stellen. Davon 81,3 Mio. Euro in diesem Jahr und 75,2 Mio. Euro im kommenden. Dies auch Dank der Sondervermögen, die der Bund über die Länder den Kommunen zur Verfügung stellt. Hamm bekommt aus dem NRW-Infrastrukturpaket insgesamt rund 105 Mio. Euro in den kommenden 12 Jahren. Eine Summe, die wir bewusst zusätzlich zur Verfügung stellen und nicht – wie andere Städte oder in Teilen auch das Land – nutzen, um Ausfälle an anderer Stelle zu substituieren. Wir investieren netto mehr.

Dieses „Mehr“ ist auch vor dem Hintergrund der **galoppierenden Baukosten** zwingend notwendig. Alleine, um unsere Kaufkraft bei den Investitionen zu erhalten, müssen wir diese bereits erhöhen. Ansonsten frisst die Inflation unsere Möglichkeiten jedes Jahr ein Stückchen weiter auf. Ich erinnere nur daran, dass wir für die Sporthalle in Bockum-Hövel heute mehr als

das Doppelte von dem bezahlen, was eine sehr ähnliche Sporthalle an der Marker Allee vor einigen Jahren noch gekostet hat.

Der größte Teil der Investitionen fließt traditionell in den Hoch- und Tiefbau und damit in die folgenden Bereiche (Auszug):

- Schulen	36,6 Mio.
- Straßen, Wege, Plätze	35,6 Mio.
- Sport	17,4 Mio.
- Kitas, Spielplätze, Jugendzentren	14,7 Mio.
- Feuerwehr	10,5 Mio.
- Grünflächen, Umwelt	7,1 Mio.



## Investitionen Konzern 2026 / 2027

■ Stadt Hamm	156,5 Mio. Euro
■ Stadtwerke Hamm	172,8 Mio. Euro
■ Hamm.Invest	46,1 Mio. Euro
■ HGB	35,0 Mio. Euro
■ ASH	24,7 Mio. Euro
■ Impuls	14,5 Mio. Euro
■ Tierpark	6,3 Mio. Euro

Summe 455,9 Mio. Euro

Amt für Finanzen und Controlling

21

hamm.de

Das ist aber bei weitem noch nicht alles. Unsere größten **städtischen Tochtergesellschaften** haben sich ebenfalls in 2026 und 2027 anspruchsvolle Investitionsprogramme vorgenommen:

- Stadtwerke Hamm GmbH	172,8 Mio. (u. a. Erneuerung des Wasserwerks)
- Hamm.Invest GmbH	46,1 Mio. (Feuerwehrgerätehäuser, Haus des Sports, Gartenkompetenzzentrum, Sporthallen uvm.)
- HgB mbH	35,0 Mio.
- ASH	24,7 Mio.
- Impuls	14,5 Mio.
- Tierpark Hamm	6,3 Mio.

Insgesamt reden wir von Investitionen unserer Töchter in Höhe von 299,4 Mio. Euro. Werden die 156,5 Mio. Euro aus dem Haushalt addiert, **planen wir Investitionen von 455,9 Mio. Euro** in zwei Jahren und setzen damit ein wahrnehmbares Signal für die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt Hamm.

## Ausblick

- Unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen
- Allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen
- Tarifsteigerungen und damit verbundene Steigerungen der Personal- und Transferaufwendungen
- Gestiegene Anforderungen insbes. in den Bereichen Jugend, Schule und Soziales
- Digitale Transformation, Bevölkerungsschutz, Klimaschutzmaßnahmen u.a
- Hilfen zur Erziehung (HzE)
- Kita-Ausbau
- Eingliederungshilfen / Integrationshelfer
- Ausbau OGS und Ferienbetreuung
- Wohngeld
- Hilfe zur Pflege
- Bauunterhaltung und Energiekosten
- allgemeine Preisentwicklung und Inflation

Meine Damen und Herren, mit der Einbringung des Haushaltes heute übergeben wir als Verwaltung das Werk in Ihre Hände zur weiteren Beratung. Wir haben die Chancen und Risiken beschrieben und auf die Ursachen für die schwierige Haushaltsslage hingewiesen. Die Kommunen – Städte und Gemeinde sind unser aller zuhause, unsere Heimat, die Orte an denen wir Leben, Arbeiten und Freunde treffen: egal, ob im Sportverein, in der Kirche, im Sozialverband oder einfach nur beim Spazierengehen.

Eine völlig unzureichende kommunale Finanzausstattung auf der einen Seite und wachsende Aufgaben und Aufwendungen in allen Bereichen, von den Personal- über die Transferaufwendungen bis hin zu den verschiedenen Transformationsaufwendungen, auf der anderen Seite machen uns das Leben schwer und gefährden diese unsere kommunale Heimat.

Eine nunmehr schon seit mehr als drei Jahren kriselnde Konjunktur setzt einen zusätzlichen unvorteilhaften Rahmen. Offen ist noch, wie der Bund sich an der Unterstützung der Kommunen beteiligen wird: Ähnlich wie NRW über eine Altschuldenlösung oder gibt es auch strukturelle Hilfen. Wir brauchen ganz eindeutig zweiteres. Mutiges Handeln in Berlin ist gefragt.

Die Rahmenbedingungen sind daher so schwierig wie noch nie, die See ist so stürmisch wie noch nie. Wichtig ist aber: Unser Schiff fährt unter Volldampf – trotz aller geschilderter Widrigkeiten. Wir machen unsere Hausaufgaben und bieten den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin ein großes Spektrum an Leistungen an, die für eine funktionierende Stadtgesellschaft von großer Bedeutung sind. Wir investieren massiv in alle Bereiche dieser Stadt: in die Infrastruktur, in die Versorgung, in die Bildung, in den Sport und auch deutlich wieder in den Katastrophenschutz- und Zivilschutz.

Dies ist nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung zu danken, die in gewohnt professioneller Weise auch diesen doch so herausfordernden Haushalt mit viel Arbeit und Liebe zu den Zahlen gemeinsam mit den Fachämtern und Instituten vorbereitet haben. Herzlichen Dank!

Wir haben die Eckpunkte dieses Haushaltes – wie in der Vergangenheit auch – bereits mit der Bezirksregierung Arnsberg als unsere zuständige Kommunalaufsichtsbehörde abgestimmt und sind sehr zuversichtlich, dass der Rahmen, den wir Ihnen vorschlagen – inklusive des Haushaltssicherungskonzeptes – nach ihrer Beschlussfassung im März auch eine Genehmigung erfährt.



**VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!**

Wir wünschen Ihnen konstruktive Beratungen.

Mir bleibt daher an dieser Stelle nur, Ihnen gute Beratungen zu wünschen. Zum Wohle der Menschen in unserer Stadt. Als Verwaltung stehen wir Ihnen dafür gerne zur Verfügung.

Danke!